Zeitschrift: Serie Ares : histoire militaire = Militärgeschichte
Herausgeber: Association suisse d'histoire et de sciences militaires
Band: 1 (2013)

Artikel: Ein Dach für die Schweiz oder unnötige Milliardenvögel? : Die Debatte um die Beschaffung des Kampfflugzeugs F/A-18
Autor: Lutz, Marc
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1043710

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Marc Lutz

Ein Dach für die Schweiz oder unnötige Milliardenvögel?
Die Debatte um die Beschaffung des Kampfflugzeugs F/A-18

Am 6. Juni 1993 hatte das Schweizer Stimmvolk unter anderem über die von der GSoA eingereichte Volksinitiative *Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge* zu befinden. Die armeekritische Volksinitiative führte, obwohl es sich *nur* um ein Rüstungsgeschäft handelte, zu einer der prominenteren militärpolitischen Debatten der letzten Jahrzehnte. Dieser Aufsatz soll einen Überblick über die Debatte bieten und andeuten, welche Akteure und Akteursstrukturen anzutreffen sind und in welchen Sprachmustern und Semantiken sich die Debatte vollzieht. Auf entsprechende weitergehende Ausführungen methodisch-theoretischer Art wird an dieser Stelle aber verzichtet.

Das Auswahlverfahren für einen neuen Kampfjet wurde 1985 unter dem damaligen Chef des Militärdepartementes Jean-Pascal Delamuraz eingeleitet. Die neuen Kampfflugzeuge sollten die veralteten Mirage IIIS ersetzen. Nach einem gemäss der Botschaft über die Beschaffung von Kampfflugzeugen umfassenden Kosten-Wert-Vergleich entschied man sich am 3. Oktober 1988 für den FA-18 Hornet.[1] Die geplante Beschaffung einer noch nicht genauer definierten Anzahl dieses Typs stand aber bereits früh unter fortwährender Kritik. Waren es zu Beginn in erster Linie die Sozialdemokraten, die sich dagegenstellten, gesellten sich bald Grüne, aber auch einige Bürgerliche zu den Kritikern des Verfahrens. Bis ins bürgerliche Lager der grundsätzlichen Armeebefürworter wurden Stimmen laut, die eine Verschiebung der Beschaffung und eine *Denkpause* forderten.[2]

Vor allem aufgrund der hohen Kosten wird das Beschaffungsprojekt bereits 1989 immer wieder im Abstimmungskampf der GSoA-Armeeabschaffungsinitiative von Armeekritikern herangezogen und als Versinnbildlichung einer überdimensionierten *Grossmachtarmee im Taschenformat* dargestellt. Es gelingt der militärkritischen Linken in der Folge, den bevorstehenden Kauf des F/A-18 und dessen Kosten zu skandalisieren und zu einem wichtigen Thema des Jahresbeginns 1990 zu machen. «Der geplante EMD-Rüstungskredit von 3 Milliarden Franken für 34 F/A-18 stösst an die Grenzen einer defensiven Armee des Kleinstaats. Wir lehnen ihn deshalb ab!», heisst es in einem 14-Punkte-Programm der SPS zur Friedens- und Sicherheitspolitik.[3] Bereits einige Tage nach der Abstimmung über die Armeeabschaffungsinitiative spricht Ernst Leuenberger davon, dass der Kredit für den F/A-18 für die Bürgerlichen «zum Kaiseraugst ihrer Militärpolitik» werden könnte.[4] Hier wird angedeutet, dass aufgrund der Widerstände bei der Schweizer Bevölkerung die Beschaffung eigentlich skandalös sei, da es nicht *mehr* geduldet werden müsse, wenn hohe Summen für Rüstungsanliegen von der Politik freigegeben werden, wie dies angeblich in früheren Jahren der Fall gewesen sei. Es hat sich also die Norm verschoben, deren Übertretung am Anfang des Skandales steht.[5] Gewissermassen wird ein lang anhaltender Zustand als nicht mehr zumutbar angeklagt. Mit dem Verweis auf Kaiseraugst kann das Bild einer sich

Polit-Merchandise: Neben T-Shirts und CDs werden auch *Stop-F/A-18*-Pins verkauft. (Schweizerisches Sozialarchiv, F_5055-Ob-012)

anbahnenden Staatskrise und einer allfälligen Wiederherstellung der Normalität durch den von der Bevölkerung angeblich gewünschten Verzicht auf die neuen Kampfflugzeuge analog zum Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst 1988 gezeichnet werden. Umfragen stützen ja die Behauptung der Sozialdemokraten, dass zumindest die Hälfte der Bevölkerung, also auch viele grundsätzliche Armeebefürworter, die Militärausgaben als zu hoch empfindet.[6]

Das Abstimmungsresultat vom November 1989 respektive die überraschend hohe Zustimmung zur Vorlage wird von militärkritischen Linken oft als Argument gegen die F/A-18-Beschaffung in der öffentliche Diskussion genannt. Die Beschaffung sei ein Projekt, das aus einer Zeit vor dem Fall der Berliner Mauer stamme. Die wiederholte Beschreibung der Armee und ihrer Repräsentanten als aus dem Kalten Krieg stammend soll auch das Beschaffungsprojekt als überholt erscheinen lassen. Abrüstung wird hier auch als Fortschrittsprozess dargestellt, dem sich die militärische Elite verweigere, da sie in alten Denkmustern verharre. Ein viel verwendetes Motiv ist diesbezüglich sicherlich dasjenige der *Denkpause.* Sie wird von Armeekritikern, aber auch Armeebefürwortern oft gefordert, jedoch selten klar umrissen. In das argumentative Umfeld der Denkpause gehören auch die Forderungen nach einem Umdenken bei der Armee oder nach einer sicherheitspolitischen Neuorientierung, die beispielsweise im Zusammenhang mit dem Bericht 90 zur Sicherheitspolitik postuliert werden.[7] Dieser Bericht 90 an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz umreisst relativ unspektakulär die Rahmenbedingungen und die zentralen Problematiken der schweizerischen Sicherheitspolitik und wird Anfang Oktober 1990 veröffentlicht.[8] Die Armee wird in einen grösseren Zusammenhang eingebettet, ein neues Armeeleitbild stellt der Bericht aber nicht dar. Die Reaktionen auf den Bericht verdeutlichen den militärpolitischen Graben zwischen den Parteien. Während er von den bürgerlichen

Parteien FDP, CVP und SVP als offen und sich durch die Ausweitung des Sicherheitsbegriffes auszeichnend gelobt wird, kritisieren insbesondere Sozialdemokraten die *ungenügende Friedensdividende.*[9] Bezüglich der Flugzeugbeschaffung befürchten deren Kritiker, dass der Bericht 90 die «politische Startbahn für den F-18 oder die Mirage 2000-5» bilden könnte, da im Bericht der Bedeutungszuwachs der Luftverteidigung skizziert wird.[10] Das Denkpausenmotiv erfährt in der Kritik der Linken am Bericht 90 zudem eine Zuspitzung in Kampfbegriffe wie *Landigeist* und *Rütlidoktrin,* die ein überholtes bürgerliches Armeebild, das dem Bericht 90 zugrunde liege, anprangern.[11]

Auch wenn es die SP nur zum Teil schafft, im Hinblick auf die Wahlen 1991 die Militärpolitik zu thematisieren, bleiben die Sozialdemokraten bei Rüstungsgeschäften äusserst kritisch und erwägen eine Wiederauflage des Rüstungsreferendums. In der Wintersession 1991 kommt es wiederum zu den fast schon obligaten Kürzungsanträgen ans EMD.[12] Durch Mittelentzug soll armeekritischen Positionen sowohl kurz- als auch langfristig zum Durchbruch verholfen werden. Dies sind Anliegen, die im Parlament chancenlos sind. Auch die Beschaffung der F/A-18 wird von SP, Grünen und LdU im Parlament vergeblich bekämpft. Ständerat und Nationalrat nehmen auch die bundesrätliche Botschaft zur Flugzeugbeschaffung, das Rüstungsprogramm 1992, nach heftigen Debatten letztlich deutlich an.[13] In dieser wurde die Notwendigkeit der Beschaffung nochmals hervorgehoben: Die bestehende Flugzeugflotte sei technologisch mehr als eine Generation im Rückstand. Die Beschaffung habe höchste Priorität, und deshalb verzichte man zugunsten der F/A-18 auf ein Rüstungsprogramm 1993, und es würden auch bei einer Nichtbeschaffung für andere Aufgaben keine zusätzlichen Mittel frei.[14] Militärische Konflikte seien zwar unwahrscheinlich, gibt Kaspar Villiger zu, aber träfe eben dieser unwahrscheinliche Fall ein, so würde dieser mit modernen Kampfflugzeugen geführt. Der F/A-18 sei europafähig und europanützlich, führt er vor der Bundeshauspresse aus und deutet damit die mögliche Integration in ein grösseres Bündnis an. Die Landesverteidigung sei ein Haus mit rinnendem Dach, unter dem kein Soldat und kein Panzer mehr sicher sei, schildert der Bundesrat bildlich die Notwendigkeit der Flugzeugbeschaffung.[15] Diesem Bild zugrunde liegt ein Argumentationsmuster, das den versuchten Mittelentzug durch die Armeekritiker einer eigentlichen Abschaffungsforderung gleichzusetzen sucht. Man argumentiert mit der Glaubwürdigkeit der Luftverteidigung, für die das Kampfflugzeug F/A-18 vonnöten sei und auf welcher die Glaubwürdigkeit der Armee und letzten Endes des Landes basieren solle. Wie bei vorangegangenen Rüstungsgeschäften, erinnert sei hier an die Beschaffung des Leopard 2, wird die Bedeutsamkeit eines einzelnen Rüstungsgeschäfts für die gesamte Landesverteidigung hervorgehoben. Dieses Argumentationsmuster ist nicht nur auf Armeegegner ausgelegt, sondern dient

sicherlich auch dazu, armeeintern und in den Reihen der Armeefreunde einen Konsens herzustellen. Dies ist auch nötig: Schliesslich soll ja, um die Kampfflugzeuge im Rüstungsprogramm 1992 zu finanzieren, auf ein Rüstungsprogramm 1993, also auch auf Investitionen in anderen Bereichen, verzichtet werden. Am 27. Juni 1992 lädt Kaspar Villiger rund 1200 Offiziere ins Casino Bern und ermahnt sie, die «Selbstentwaffnung» des Landes verhindern zu helfen und Einigkeit zu demonstrieren. An diesem *Berner Rapport* appelliert der Departementschef an die Offiziere, auch ausserhalb ihres Militärdienstes für die Armee einzustehen. Als Antwort auf die starke Mobilisierung der Initianten fordert Villiger die Truppen- und Kurskommandanten auf, den Abstimmungskampf zu tragen: «Wir alle, Sie und ich, müssen vermehrt Überzeugungsarbeit leisten. Am Familientisch, am Arbeitsort, im Bekanntenkreis, in politischen Parteien, in Leserbriefen. Sie sind die glaubwürdigsten Träger dieser Armee. [...] Es geht um die Zukunft unserer Heimat!»[16]

Die Debatten in National- und Ständerat werden von den Medien intensiv begleitet und kommentiert. Die Ständeratsdebatte wird als Novum gar live im Fernsehen übertragen und bringt der Beschaffung eine grosse Zustimmung, gerade mal acht Parlamentarier stimmten gegen das Projekt.[17] Im Nationalrat bringt eine dreitägige Debatte wenig Neues an Argumenten, und Kaspar Villiger, trotz Widerstand bei Linken und Teilen der CVP, geht als Sieger hervor.[18] Vor dem Hintergrund zum Teil massiver medialer Kritik an Parlamentariern rund um die Debatten in National- und Ständerat gelang der GSoA ein regelrechter Mediencoup. Als solcher, nämlich als «konzertierte Medienaktion», wird die Bekanntmachung der Lancierung eingangs genannter Initiative in der Sonntagspresse des 8. März 1992 auch von der GSoA selber bezeichnet. «Ein günstigeres Medienecho konnten wir uns kaum erdenken. Die GSoA wird ernstgenommen», zudem habe man der «versandenden Kampffliegerdiskussion eine politische Perspektive» und der «angestauten öffentlichen Empörung einen Sinn» geben können, kommentiert GSoA-Aktivist Peter Sigerist am 13. März 1992 die, aus seiner Sicht, gelungene Rezeption in der Presse.[19] Am Wortlaut der von der gesamtschweizerischen Koordination, dem Führungsgremium der GSoA, ausformulierten Initiative wird an der Vollversammlung nichts mehr verändert. Sie lautet schliesslich:

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

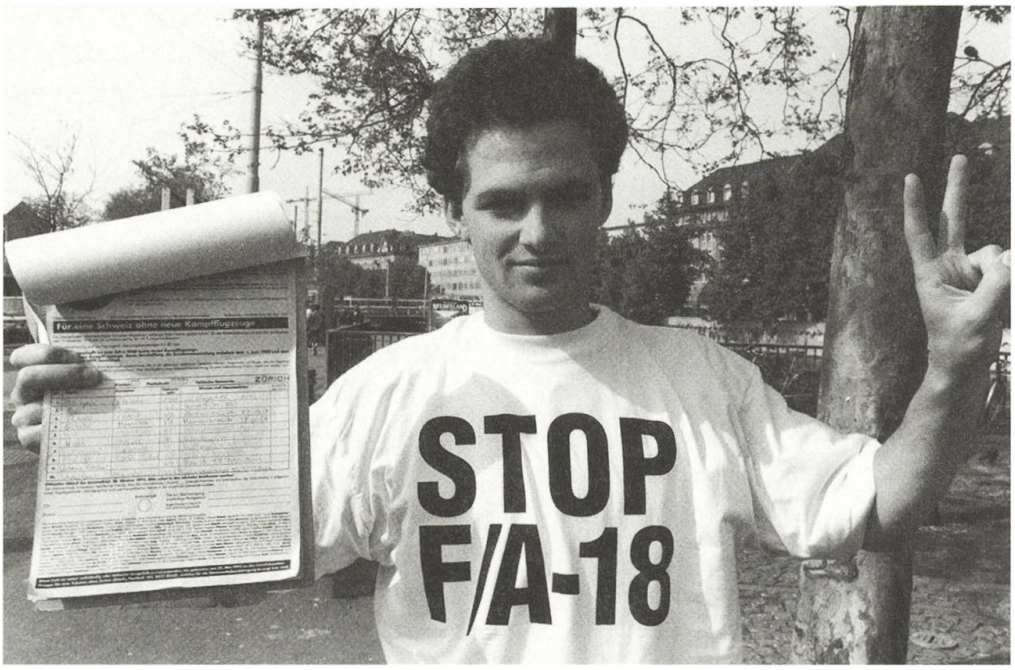
Übergangsbestimmungen Art. 20 (neu)

[1] Der Bund beschafft bis zum Jahre 2000 keine neuen Kampfflugzeuge.

[2] Als neu gelten Kampfflugzeuge, deren Beschaffung die Bundesversammlung zwischen dem 1. Juni 1992 und dem 31. Dezember 1999 beschliesst.[20]

Nach der Veröffentlichung des Initiativtexts im Bundesblatt Ende April beginnt die GSoA mit der Unterschriftensammlung. Man setzt bei der GSoA vor allem auf hochmotivierte Sammler und Sammlerinnen, die sich in einem *Club der 500* dazu verpflichten, mindestens 200 Unterschriften zu sammeln. Angestrebt wird von Anfang an, bei der Unterschriftensammlung Rekorde zu brechen, um über das Erreichen der nötigen 100 000 Unterschriften hinaus Zeichen zu setzen und den *Volkswillen* als Argument gegen die Beschaffung anführen zu können. Die Unterschriften sollen in einem Monat gesammelt und somit noch vor dem Entscheid des Nationalrats in der Sommersession eingereicht werden.[21] In der Presse stösst die GSoA-Unterschriftensammlung auf reges Interesse. Regelmässig wird über Zwischenergebnisse der Sammlung berichtet. Tatsächlich braucht die GSoA wenig Überzeugungsarbeit zu leisten. Die breite Publizität ihres Anliegens verhilft ihr zu einem schnellen Erfolg und der Initiative zu einer Allgegenwärtigkeit in der Presse. Innert rund elf Tagen gelingt es, die 100 000 Unterschriften zu sammeln: «Generalstabsmässig zum Erfolg», titelt der Blick.[22] *NZZ*-Militärpublizist Bruno Lezzi zeigt sich nicht überrascht vom Erfolg der GSoA: «Denn seit den späten achtziger Jahren ist in der Bevölkerung eine Strömung festzustellen, die sich – im Gefolge der pazifistischen Friedensbewegung und verstärkt durch die dramatischen Umwälzungen in unserem unmittelbaren strategischen Umfeld – gegen die militärische Landesverteidigung richtet.»[23] Über eine halbe Million Unterschriften werden schliesslich medienwirksam beim Bundeshaus deponiert: mit riesigem Transparent und einem Gleitschirmflieger, der einen Karton mit Unterschriften aus dem Kanton Jura vorbeibringt. Bundesrat Villiger wirft der GSoA, welche er als «gut organisierte Subkultur» bezeichnet, vor, in Etappen die Armee abschaffen zu wollen und mit der Initiative verfassungsrechtliche Entscheidungskompetenzen über den Haufen zu werfen. Trotzdem werde über die Initiative möglichst bald abgestimmt, um Klarheit zu schaffen.[24] Terminlich wird die Abstimmung mit derjenigen über die Volksinitiative *40 Waffenplätze sind genug* zusammengelegt, wodurch sich das zentrale Argument der Gegnerschaft zur Initiative abzeichnet: *Keine Armeeabschaffung auf Raten.* Auch in der Botschaft des Bundesrats zur Initiative wird die Stossrichtung der Initiative genannt: «Mit der Initiative gegen die Erneuerung unserer Luftwaffe bis zum Jahr 2000 beschreitet die GSoA konsequent den Weg zur schrittweisen Selbstentwaffnung unseres Landes.»[25] Erwartungsgemäss folgen aufgrund bürgerlicher Mehrheiten beide Räte der bundesrätlichen Botschaft und empfehlen die Ablehnung der Initiative.[26]

Die Debatte ist zunehmend gekennzeichnet durch eine Polarisierung. Äussern sich vorerst neben den traditionell militärkritischen Kräften auch Bürgerliche kritisch zum Beschaffungsprojekt, verhärten sich die Fronten durch die Lancierung der GSoA-Initiative. Otto Schoch, Präsident der sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats, befürchtet, dass die GSoA-Initiative zu einer Polarisierung führen werde, welche differenzierte



GSoA-Sammelerfolg: Innert rund elf Tagen gelingt es, 100 000 Unterschriften zu sammeln. (Schweizerisches Sozialarchiv, F_5055-Fd-021)

Stellungnahmen verunmöglichen werde.[27] Tatsächlich rückt die technisch-sachliche Diskussion weiter in den Hintergrund. Die GSoA bezeichnet sich nun selbst als *Volksbewegung* und nimmt auch aufgrund des Sammelerfolges für sich in Anspruch, den Unmut des Volkes über die *Classe Politique* zu kanalisieren sowie den Legitimationsverlust der Armee zu zementieren.[28] Es wird sehr geschickt und wiederholt kommuniziert, dass eine Mehrheit wohl gegen den F/A-18 sei und damit die eidgenössischen Räte dem Volkswillen direkt widersprächen. Damit soll ein Bild der entrückten politischen Klasse gezeichnet werden. Auch ausserhalb der GSoA bemängeln Kritiker die mangelnde Verankerung der Beschaffung im Volk. SP-Militärpolitiker Helmut Hubacher spitzt dies in der Nationalratsdebatte rhetorisch gar zum «Aufstand gegen das eigene Volk» zu.[29] Auch bei Beschaffungsbefürwortern werden Vereinfachungen herangezogen, um den Standpunkt zu illustrieren. Im Nationalrat meint Franz Steinegger, man könne «auf die Debatte von 1929/30 verweisen. Die Positionen von heute sind sehr ähnlich, sogar die Begründungen. Es ging damals um die Anschaffung von 105 Kampfflugzeugen für etwa 20 Millionen Franken.» Die Bezugnahme auf die verfehlte Friedenseuphorie nach dem Ende des Ersten Weltkriegs kritisiert die neuerlichen Abrüstungsforderungen im Zuge des Endes des Kalten Kriegs. Der Freisinnige ist nicht der einzige, der die Verbindung zu 1929/30 herstellt und wohl beabsichtigt, die Beschaffungsgegner im besten Falle der Naivität bezüglich des Glaubens an den Weltfrieden und im schlimmsten Falle der Fahrlässigkeit bezüglich zukünftiger Konflikte zu bezichtigen. Auch auf aktuellere kriegerische Ereignisse wird bei den

Flugzeugbefürwortern gerne Bezug genommen. Gerade der eskalierende Jugoslawienkonflikt bildet bereits während der parlamentarischen Phase ein gewichtiges Argument für die Flugzeugbeschaffung. Für FDP-Mann Jean-Pierre Bonny beispielsweise ist die GSoA-Initiative angesichts des Jugoslawienkriegs ein «bitterer humanitärer Hohn».[30]

Bereits an der Feier zu ihrem 10-jährigen Bestehen am 12. September 1992 eröffnet die GSoA intern offiziell den Abstimmungskampf.[31] Auch die Initiativgegner organisieren den Abstimmungskampf bereits vor dem Jahreswechsel. Als einer ihrer Hauptexponenten wird oft SVP-Generalsekretär Max Friedli genannt, bei dem die Kampagnenfäden der bürgerlichen Bundesratsparteien zusammenlaufen.[32] Bürgerliche Parlamentarier sammeln sich zudem in einem Aktionskomitee *Gegen eine Schweiz ohne Schutz.*[33] Aufseiten der Milizorganisationen organisiert die *Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee AWM* die Abstimmungskampagne und deren Finanzierung. Das EMD führt zwar offiziell den Abstimmungskampf der Milizorganisationen nicht, versorgt diese jedoch mit Informationen, damit sich Milizorganisationen und Bundesrat Villiger nicht in die Quere kommen. Als sich die beiden Lager Ende 1992 zum Abstimmungskampf formieren, dominiert das EWR-Referendum die öffentliche Agenda. Die beiden militärkritischen Volksinitiativen vom 6. Juni 1993 stehen entsprechend unter dem Eindruck dieser Abstimmung. Es vermag daher nicht zu erstaunen, dass beispielsweise die Europanützlichkeit der F/A-18-Beschaffung nicht als ein schwergewichtiges Argument in den Abstimmungskampf geführt wird.

Einer Ende März 1993 durchgeführten Umfrage im Auftrag der Fernsehsendung 10 vor 10 mit der *Berner Zeitung* und *Le Matin* zufolge stünden die Chancen der Initiative gut: 56 Prozent geben an, Ja stimmen zu wollen, nur gerade 28 Prozent sagen Nein zur Initiative.[34] Auch spätere Umfragen sehen die Initiativbefürworter in der Mehrheit.[35] Die Gegner der Initiative wissen um die bereits zu Jahresbeginn 1993 ablehnende Grundstimmung gegenüber dem neuen Kampfflugzeug in der Bevölkerung. Um das Ziel einer klaren Verwerfung der Initiativen zu erreichen, versucht man die Debatte in Richtung eines Plebiszits über die Armee zu lenken. Die geäusserten Hauptargumente der Initiativgegner sind denn auch eher allgemeiner als technischer Natur. Als die Schwachstellen der Initianten erkennen die Milizorganisationen einerseits den Argumentationsnotstand der GSoA betreffend den Jugoslawienkrieg, andererseits aber auch, dass dem Argument, die GSoA wolle die Armee nun in Raten abschaffen, nichts Glaubhaftes entgegengestellt werden kann. Tatsächlich taucht der Krieg in Bosnien im Abstimmungskampf ab und an auf, die Hauptstossrichtung der Initiativgegner ist aber der, oft mit dem Hinweis auf den Namen der Initianten versehene, Vorwurf, die Armee abschaffen zu wollen und damit auch die Souveränität und die Unabhängigkeit der Schweiz zu gefährden. Diese Zuspitzung

der Argumentation auf die Stichworte Souveränität und Unabhängigkeit ist auch auf die nach dem Entscheid gegen den EWR-Beitritt diesbezüglich aufgeladene Stimmung zurückzuführen.

Am Sonntag, dem 21. März, trifft sich die GSoA zur Vollversammlung in Solothurn und übt dabei gemeinsam die Entkräftung gegnerischer Argumente ein.[36] Die Befürworter der Initiative betonten wiederholt die Unnötigkeit des F/A-18-Kaufs und die Ideologie des Kalten Kriegs, die der Beschaffung zugrunde liege. Dem Hauptargument, die Initiative führe die Armeeabschaffung auf Raten im Schilde, entgegnen die Initianten mit dem Hinweis auf den Abrüstungscharakter ihres Anliegens und mit der Ankündigung, die Abschaffungsfrage werde erst in einer zweiten Abschaffungsinitiative zur Diskussion gebracht.[37] Trotz der Unterstützung von SP, Grünen, LdU, PdA und der Lega sowie dem Gewerkschaftsbund[38] gelingt es der GSoA im Gegensatz zu 1989 nicht, den Debatten ihren Stempel aufzudrücken. Je länger diese andauern, desto weniger vermögen die Befürworter beider Initiativen, Themen zu setzen, vielmehr gelingt es den Gegnern der Initiativen, die Debatte zu dominieren und der GSoA gewissermassen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dies manifestiert sich auch in den medial prominenten Umfrageergebnissen. Mitte Mai 1993 nimmt die Zahl der Befürworter in Umfragen erstmals auf unter 50 Prozent ab,[39] eine Tendenz, die sich offenbar fortsetzt und die *Berner Zeitung* zur Schlagzeile «GSoA-Initiative verliert weiter Anhänger» veranlasst, als sich nur noch 40 Prozent der Befragten gegen die Flugzeugbeschaffung äussern.[40] Drei Wochen vor dem Abstimmungstermin findet auf dem Bundesplatz in Bern ein *Stop-F/A-18*-Festival statt. Zahlreiche Schweizer Rockgrössen geben Konzerte, und Andreas Gross versucht, die sich abzeichnende Trendwende zugunsten der Flugzeugbeschaffung zu relativieren und einen Endspurt zu lancieren.

Nicht nur die GSoA organisiert in der Endphase des Abstimmungskampfes einen grossen *Polit-Event.* Auch die Milizverbände mobilisieren am darauffolgenden Wochenende zu einer Massendemonstration auf dem Bundesplatz. Die Vorgehensweise ist derjenigen der GSoA durchaus ähnlich, statt Mundartrock erklingt aber die Landeshymne, und das Publikum setzt sich aus Militärfreunden aller Art zusammen. Die Veranstaltung, an der auch Kaspar Villiger auftritt und viel Applaus erntet, nimmt eine Art Volksfestcharakter an.[41] Auch in anderen Bereichen wird der GSoA-Stil gewissermassen von Armeefreunden adaptiert, so findet beispielsweise, analog zu GSoA-Merchandising-Produkten, ein *Pro-F/A-18*-Pin, der von der Offiziersgesellschaft Lenzburg vertrieben wird, reissenden Absatz.[42] Dies illustriert, dass es den Milizverbänden sowie auch Kaspar Villiger im Gegensatz zur Kampagne gegen die Abschaffungsinitiative 1989 gelingt, sehr volks- und basisnah für eine Ablehnung der Initiativen zu werben und das Ruder der Debatte an sich zu reissen.

Mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 42,8 Prozent für die Volksinitiative *Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge* respektive 44,7 Prozent für die Volksinitiative *40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär* werden beide armeekritischen Vorlagen am 6. Juni 1993 abgelehnt. Eine hohe Stimmbeteiligung von 55 Prozent illustriert, dass diese das Stimmvolk zu mobilisieren vermochten.[43] Gegen Ende des Abstimmungskampfes hatte sich der Abstimmungssieg der Initiativgegner abgezeichnet, nachdem, wie oben beschrieben, Umfragewerte eine klare Tendenz zuungunsten der Initianten aufgewiesen hatten. Letztlich blieb die GSoA-Initiative trotz aller Euphorie während der Unterschriftensammelphase chancenlos. Der Gegenseite, allen voran Kaspar Villiger, attestiert auch die GSoA eine perfekte PR-Kampagne. Unter anderem habe die Aufteilung zwischen dem Departementsvorsteher und den Milizverbänden gut funktioniert. Letztere hätten sich für Villiger «ums Grobe – den Kampf gegen die Armeeabschaffer und für die Erhaltung der bewährten Armee» gekümmert, während er sich auf den sanften und sachlichen Dialog habe konzentrieren können.[44] Für die erfolgreiche Kampagne verantwortlich zeichnen darf neben anderen Daniel Eckmann. Er war im Sommer 1991 als neuer Informationschef ins EMD gekommen und hatte dabei Hans-Rudolf Strasser ersetzt. Mit seiner Wahl bekenne sich das EMD «zu einer affirmativen, offenen Informationspolitik», hatte Kaspar Villiger damals in der Presse verlauten lassen.[45] Die bereits im Herbst 1991 bei Kaspar Villiger festgestellte positive Veränderung hin zu Offenheit und souveränen Auftritten in der Öffentlichkeit wird auf den Einfluss Eckmanns zurückgeführt.[46]

Die Vox-Analyse des Urnenganges belegt die erfolgreiche Kampagne der Initiativgegner. Die Schlagworte aus dem Abstimmungskampf seien bei den Ablehnenden als Begründung für ihr Votum präsent gewesen.[47] Im Gegensatz zur Abschaffungsinitiative 1989 war die Prädisponiertheit gering. Es sei aber gelungen, die Mehrheit der Unschlüssigen mit einer früh lancierten und auf einer Grundsatzdebatte fussenden Kampagne zu einem Nein zu bewegen.[48] Die Überführung einer Debatte um Kampfflugzeuge in eine über Armee und Souveränität führte zum Abstimmungssieg des EMD über eine GSoA, die während des Abstimmungskampfes im Vergleich zu 1989 und der Unterschriftenphase merklich an Schwung einbüsste. Die Abstimmungsniederlage vom 6. Juni 1993 bildet auch den Abschluss einer ausgesprochen aktiven Phase der GSoA, die sich danach in eine Sinnfindungskrise gerät und in der Militärkritik von anderen Akteuren abgelöst wird. Nach diesem intensiven Kampf um ihre Beschaffung können 1996 schliesslich 34 F/A-18 Hornets von den Fliegertruppen in Betrieb genommen werden. Sie bilden heute das Rückgrat der Luftwaffe im Einsatz.

1 Botschaft über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge (Rüstungsprogramm 1992) vom 18. Dezember 1991, in: Bundesblatt 1992, I, 711.
2 Friedli, Max, «Das Geschäft verschieben?», St. Galler Tagblatt, 20. 1. 1990.
3 Schweizerisches Sozialarchiv (Sozarch), Ar 1.116.30, SP Schweiz, Material ausserordentlicher Parteitag 1989.
4 Berner Tagwacht, 6. 12. 1989.
5 Pundt, Christian, Medien und Diskurs, Bielefeld 2008, 211ff.
6 Haltiner, Karl W., Nachbefragung zur Abstimmung Schweiz ohne Armee. Unterbözberg 1990.
7 Sicherheitspolitik. Bericht 1990. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1991, III, NR, 903–937.
8 Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel. Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 1. Oktober 1990. Bundesblatt 1990, III, 847–904.
9 Sicherheitspolitik. Bericht 1990. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1991, III, NR, 903–937.
10 Ebd., 913.
11 Berner Tagwacht, 6. 6. 1991.
12 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung 1991, V, 2248–2252.
13 Rüstungsprogramm 1992. Beschaffung von Kampfflugzeugen. Amtliches Bulletin zur Bundesversammlung, 1992, II, SR, 252–294, sowie: 1992, III, NR, 889–961.
14 Botschaft über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge (Rüstungsprogramm 1992) vom 18. Dezember 1991, in: Bundesblatt 1992, I, 683–784.
15 Neue Zürcher Zeitung, 19. 12. 1991.
16 Rede von Bundesrat Kaspar Villiger, Chef EMD, am «Berner Rapport» vom 27. 6. 1992. EMD-Information August 1992, Bern 1992, 20.
17 Rüstungsprogramm 1992. Beschaffung von Kampfflugzeugen. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1992, II, SR, 252–294.
18 Rüstungsprogramm 1992. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. 1992. III, NR, 889–961.
19 Sozarch, Ar.452.10.1, GSoA, Nationales Sekretariat: Protokolle, Akten 1982–1992, Sigerist, Peter. F/A-18-Entscheid – Chronik der Ereignisse.
20 Eidgenössische Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge», Bekanntmachungen der Departemente und Ämter, in: Bundesblatt 1992, II, 1422.
21 «GSoA-Info. 500 SammlerInnen gegen die Jäger», in: GSoA Jahrbuch 91/92. Bern 1992, 193.
22 Blick, 2. 6. 1992.
23 Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 11. 5. 1992.
24 Rüstungsprogramm 1992. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. 1992. III, NR, 942–948 und 954–956.
25 Botschaft über die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» vom 28. Oktober 1992, in: Bundesblatt 1992, 6, 479.
26 Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge. Volksinitiative. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. 1992. NR VI, 2476–2492. Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge. Volksinitiative. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. 1993. SR I, 40–50.
27 Rüstungsprogramm 1992. Beschaffung von Kampfflugzeugen. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. 1992. SR II, 262.
28 GSoA-Ziitig 47 (1992).
29 Rüstungsprogramm 1992. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. 1992. NR III, 910f.
30 Rüstungsprogramm 1992. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. 1992. NR III. 909f.
31 Sozarch, Ar.452.41.2, GSoA, Initiativen, Aktionen, Projekte. F/A-18 1993 Akten II.
32 Tages-Anzeiger, 19. 12. 1992.
33 Bühlmann, Marc; Sager, Fritz; Vatter, Adrian, Verteidigungspolitik in der direkten Demokratie, Chur 2006, 58ff.
34 Berner Zeitung, 2. 4. 1993.
35 Berner Zeitung, 16. 4. 1993, und Berner Zeitung, 30. 4. 1993.
36 Sozarch, Ar.452.41.1, GSoA. Initiativen, Aktionen, Projekte, F/A-18 1993 Akten I.
37 Abstimmungsbroschüre, GSoA Jahrbuch 91/92, Bern 1992, 572f.
38 Bühlmann, Sager, Vatter, Verteidigungspolitik in der direkten Demokratie, 58ff.
39 Berner Zeitung, 14. 5. 1993.
40 Berner Zeitung, 28. 5. 1993.
41 Tages-Anzeiger, 24. 5. 1993, und NZZ, 24. 5. 1993.
42 Bucher, Jörg; Furter, Rolf; Frey Bruno, «Die OG Lenzburg als Think Tank aller Schweizer Armeefreunde: Die Abstimmungsschlachten der 80er- und 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts», in: Offiziersgesellschaft Lenzburg (Hg.), 150 Jahre Offiziersgesellschaft Lenzburg. 1859 bis 2009, Lenzburg 2009, 25–31.
43 Bühlmann, Sager, Vatter, Verteidigungspolitik in der direkten Demokratie, 54–62.
44 Sozarch, Ar 452.10.2, GSoA, Boos, Leo, Stichworte zum 6. Juni 1993 und darüber hinaus. Nationales Sekretariat: Protokolle, Akten. Akten 1989–1995.
45 NZZ, 28. 3. 1991.
46 Sonntagszeitung, 22. 9. 1991.
47 Hardmeier, Sibylle; Linder, Wolf, Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 6. Juni 1993, Bern, 9.
48 Ebd., S. 14.